Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Globale Rezession

Der Internationale Währungsfonds erwartet die schwerste Krise seit der großen Depression nach 1929 und spricht nahezu apokalyptisch von der „dunkelsten Stunde der Menschheit". Selbst im besten Fall werde es nächstes Jahr nur eine leichte Erholung geben. Die bisher weltweit von den Regierungen verabschiedeten Maßnahmen zur Rettung der Wirtschaft in Höhe von 8 Billionen US-Dollar würden wahrscheinlich nicht zur Corona-Krisenbewältigung ausreichen. In 170 der 189 IWF-Mitgliedsländern sei mit rückläufigen Pro-Kopf-Einkommen zu rechnen. Im Rahmen der globalen Rezession werde die Weltwirtschaft um mindestens 3 % schrumpfen und damit den Einbruch nach der Finanzkrise 2008/2009 übertreffen. Es bestünden sogar erhebliche Risiken, dass die Rezession noch wesentlich schlimmer ausfallen könnte. Besonders die Eurozone wird nach IWF-Einschätzung von der Pandemie stark betroffen. Die Wirtschaftsleistung werde um 7,5 % zurückgehen. Das BIP soll danach 2020 in Deutschland um 7 % und in Italien um 9,1 % schrumpfen. Die EU und ihre Mitgliedsländer haben bisher 3,4 Billionen Euro mobilisiert. Vor allem Italien drängt bereits auf weitere 1,5 Billionen Euro für einen Wiederaufbaufonds.

Schnelle Hilfe

Der Bund hat bisher rund 1,2 Billionen Euro für den Kampf gegen die Virus-Folgen angekündigt. Das entspricht einem Drittel des nationalen BIP. Zentrales Ziel war und ist, einen drohenden Totalabsturz der Wirtschaft mit unabsehbaren Konsequenzen zu verhindern. Nach dem Motto „Viel hilft viel" hat die Bundesregierung alle Register gezogen, um mit einem breit gefächerten Soforthilfe-Programm schnell und unbürokratisch die Katastrophe zu vermeiden. Die mit heißer Nadel genähten Maßnahmen sind teilweise über das Ziel hinausgeschossen. Das gilt insbesondere für die zahlreichen Mitnahme-Effekte, bei denen formal Anspruchsberechtigte ohne tatsächliche Bedürftigkeit kassiert bzw. profitiert haben. Die objektiv missbräuchliche Bandbreite reicht vom selbständigen Einzelkämpfer, der mit dem verlorenen Zuschuss in Höhe von 9.000 Euro de facto seinen Jahresumsatz verdoppelt hat, bis zum DAX-Konzern, der Staatshilfe beantragt und gleichzeitig Dividenden ausschüttet oder eigene Aktien zurückkauft. Abgesehen von diesen auch der Eilbedürftigkeit geschuldeten Webfehlern wird man in einigen Jahren zu dem Schluss kommen, dass die Stabilisierungsoffensive der Bundesregierung alternativlos richtig war, um verheerenden Flurschäden und sozialen Unruhen vorzubeugen.

Schuldenexplosion

Völlig offen ist dagegen die Frage nach der Finanzierung. Zu berücksichtigen ist, dass ein Großteil der (bisher) eingeplanten 1,2 Billionen Euro auf staatliche Kredite und Bürgschaften entfällt, also auf Gelder die – zumindest schuldrechtlich – zurückzuzahlen sind. Dennoch zieht die Gefahr einer Staatsschuldenkrise am Horizont auf. Die Bundesrepublik muss – nach aktuellem Status – allein 2020 neue Schulden in Höhe von 158 Mrd. Euro aufnehmen, um die Hilfsprogramme zu stemmen. Das geschieht über das Auflegen von Staatsanleihen, die extrem niedrig verzinst werden. Vermutlich akzeptieren die Investoren wegen der hohen Bonität auch Negativzinsen. Gleichwohl dürfte die deutsche Staatsverschuldung, die 2019 erstmalig wieder unter der Maastricht-Vorgabe von 60 % lag, bis zum Jahresende sprunghaft auf mindestens 75 % steigen. Außerdem muss sich die öffentliche Hand krisenbedingt auf deutlich niedrigere Steuereinnahmen einstellen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse führt dazu, dass die nun entstehenden neuen Schulden ab 2023 von der Bundesregierung eigentlich innerhalb von 20 Jahren zurückgeführt werden müssen. Diese Annahme könnte sich allerdings als theoretisch erweisen, weil vor allem im rot-grünen Lager die Meinung überwiegt, die Schuldenbremse einfach zu ignorieren oder gar abzuschaffen. Von dort kommen auch wenig hilfreiche Vorschläge zur Finanzierung. Dabei sollen die sogenannten „starken Schultern" – wie es bei der Begründung solcher Forderungen immer ritualisiert heißt – mehr tragen als die Bedürftigen. Natürlich lässt ein Blick auf die heutige Einkommensteuer-Verteilung unschwer erkennen, dass die sich verselbständigte Progression schon bisher die Besserverdiener reichlich schröpft. Dennoch profilieren sich einige Parteipolitiker derzeit öffentlich mit Forderungen nach einer Vermögensabgabe, Reichensteuer oder der Wiedereinführung der Vermögensteuer. Dass dieses Szenario gerade auf mittelständische Unternehmer, die gegenwärtig um das Überleben ihrer Betriebe kämpfen, als zusätzlich demotivierende Bedrohung wirken muss, scheint für die Aktivisten keine Rolle zu spielen.

42 Milliarden Euro pro Woche

Abzuwarten bleibt, ob, wann und wie sich die am 20. April gestartete Exit-Strategie aus den Corona-Maßnahmen bewährt. Der ifo-Präsident plädiert dafür, die wirtschaftlichen Schäden des Lockdowns stärker zu berücksichtigen. Es gebe keinen unlösbaren Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen und dem Gesundheitsschutz. Die „Wirtschaftswoche" fasst zusammen: „Fuest fordert einen flexiblen, stufenweisen Öffnungsprozess sowie regionale und branchenspezifische Unterschiede in der Exit-Strategie: Hochautomatisierte Fabriken und Betriebe mit geringer Ansteckungsgefahr sowie Einrichtungen mit weniger gefährdeten Personen wie Kitas und Schulen sollten prioritär geöffnet werden. Branchen mit hoher Wertschöpfung und Regionen mit niedrigeren Infektionsraten, weniger Verbreitungspotenzial oder freien medizinischen Kapazitäten sollten ebenfalls Vorfahrt bekommen. Jede weitere Woche Shutdown kostet die Wirtschaft laut Fuest rund 42 Milliarden Euro."